



DAS NETZWERK FRIEDENSKOOPERATIVE
AM WELTSPARTAG 2015 IN BONN

Spar Dir den Atomkrieg!

Die Macht der Atomlabore

Die Drohgebärde mit atomarer Bewaffnung ist längst ein Feilschen um Macht und wirtschaftliche Zusammenhänge geworden. Wer in den Atomlaboren, zum Beispiel in den USA, an der Bombe arbeitet, genießt häufig einen gesicherten, gehobenen Lebensstandard, erzählten uns Trish und Greg Mello von der Los Alamos Study Group bei ihrem Besuch in Deutschland.

Seit die erste Atomwaffe am 16. Juli 1945 in der Wüste New Mexicos gezündet wurde und nach den unvorstellbar grausamen Erfahrungen der Abwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, ist WissenschaftlerInnen klar, dass eine kriegerische Auseinandersetzung mit diesen Waffen das Ende des Lebens auf der Erde bedeuten würde, so wie wir es heute kennen. Ein Flaschengeist wurde geboren, der den Herrschenden zur Drohgebärde im Kalten Krieg taugte. Immer mehr Menschen hatten große Angst vor dem Atomkrieg. Der Widerstand gegen die Atombombe wuchs ab diesem Moment beständig.

Verknüpfungen der Rüstungsindustrie mit den Milliardenengeschäften der Atomindustrie zur zivilen Nutzung machten Firmen und Einzelpersonen reich und mächtig. Eine starke Wirtschaftslobby mit Verflechtungen hinein in die Politik und zu Geheimdiensten hält die Atomwaffenindustrie am Laufen. Banken sind welt-

weit in die Finanzierung von Atomwaffen und deren Trägersystemen verstrickt. Das US-amerikanische Atomlabor in der Wüste von Arizona, Los Alamos, die Geburtsstätte der Bombe, ist immer noch ein mächtiger, geschützter Hochsicherheitstrakt, in dem Menschen an der Bombe arbeiten.

Eine Gruppe der Friedensbewegung, die Los Alamos Study Group (LASG), beobachtet seit Herbst 1989 die Atomwaffenschmiede und lüftet Geheimnisse der Atomwaffenindustrie. Greg und Trish Mello von LASG berichteten von ihren Erkenntnissen während einer Tour in Deutschland früher in diesem Jahr. Nach dem Kalten Krieg, so dachten die AktivistInnen, werde das Labor nach und nach überflüssig. 1992 begann ein Moratorium der Atomtests. Ein Drittel der WissenschaftlerInnen wurden zwischen 1989 und 1995 entlassen und eine neue Offenheit für echte Abrüstung entstand. Diese war der damaligen Energieministerin Hazel O'Leary zu verdanken, doch bald stoppte der Rückbau.

Seit 1995, dem Jahr, in dem der Atomwaffensperrvertrag unbefristet verlängert wurde, wurde die Forschungseinrichtung kaum noch verkleinert.

Die MitarbeiterInnen im Atomlabor werden teuer bezahlt. Eine Anstellung in der Nuklearwaffenindustrie verschafft ihnen einen Lebensstandard, der mit anderen Jobs nicht so leicht zu erlangen ist. Staatsangestellte verdienen in den USA weit weniger als die Angestellten der Privatfirmen. Was sie in den Atomlabors verdienen, bleibt zwar geheim, aber die Los Alamos Study Group hat einige Zahlen aufgedeckt.

Ein Geschäftsführer des Labors, so heißt es, verdiene ca. 1,6 Millionen US-Dollar pro Jahr. Tausende WissenschaftlerInnen bekommen genauso viel wie ein Staatsminister oder ein General. Auch eine Sekretärin kann 187.000 US-Dollar jährlich kassieren. Diese Zahlen werden nur mündlich weitergegeben, sie existieren nicht auf dem Papier.

Die Atomwaffenherstellung in den USA ist mittlerweile zu 95% privatisiert. Acht Atomzentren, die nukleare Sprengköpfe herstellen, existieren in den USA: drei Labore und fünf Herstellungsanlagen. Die drei Labore sind das Los Alamos Nuclear Laboratory (LANL), Lawrence Livermore Nuclear Laboratory (LLNL) und Sandia Nuclear Laboratory (SNL).

Die Macht der Atomlabore wuchs seit 1996. Seit 2006 sind sie vollständig privatisiert: Los Alamos wird von Bechtel Corporation, URS (von AECOM übernommen), Babcock und Wilcox und der Universität von Kalifornien betrieben. Die gleichen vier Unternehmen betreiben Livermore, zusammen mit der Firma Batelle. Sandia ist in den Händen von Lockheed Martin.

Greg Mello beschrieb schockierende Dimensionen des Konzerns Bechtel in den USA. Bechtel ist unter anderem im Geschäft mit der Privatisierung von Trinkwasser aktiv. Die Bechtel Corporation wurde 1898 gegründet und rangiert heute auf Platz sieben der größten privaten Unternehmen in den Staaten. Es ist das größte Bau- und Anlagenbau-Unternehmen der Vereinigten Staaten.

Insgesamt wird in den nächsten dreißig Jahren eine Billion US-Dollar für diese Modernisierungs-Programme und für neue Atomanlagen (ohne die neuen U-Boote) ausgegeben werden, geschätzt 355 Milliarden im nächsten Jahrzehnt.

Das größte Problem für die Rüstungsindustrie sind die explodierenden Kosten. Nicht selten kosten die Modernisierungsprojekte ca. drei- bis fünfmal mehr und dauern wesentlich länger als geplant. PolitikerInnen können diese Tatsachen in ihren Wahlkämpfen schlecht verkaufen. Die Militärs sind verärgert, weil sie die Programme als

Mittelverschwendung sehen. Sie hätten lieber das Geld für andere Streitkräfte, z.B. für die Marine.

Der US-Kongress kann bei neuen Anschaffungen von Trägersystemen oder Anlagen intervenieren. Aus solchen Gründen wurde eine Fabrik zur Herstellung von Plutonium, „Pits“ (die Atomkerne der Bomben), bereits gestoppt.

Die Modernisierung der Atomwaffen ist also ein großes Gerangel um Macht und wirtschaftliche Vorrechte. Es gilt genau hinzuschauen, welche Banken und welche Konzerne verstrickt sind. Die Kampagne „Atomwaffen – ein Bombengeschäft“ versucht Licht in diese Verstrickungen zu bringen und Finanzinstitute in Deutschland, die in Modernisierung von Atomwaffen investieren, zu bewegen, aus diesen Geschäften auszusteigen. Am Weltspartag, dem 30. Oktober 2015, rief die Kampagne AktivistInnen dazu auf, unter dem Aktionsmotto „Spar Dir den Atomkrieg!“ Filialen der Deutschen Bank, Commerzbank sowie Allianz-Filialen in deutschen Städten aufzusuchen, um den MitarbeiterInnen Sparschweine mit dem Aktions-slogan zu übergeben. In Bonn, Frankfurt, Gießen, Hamburg, Hannover, Köln und Würzburg wurden Briefe an die FilialleiterInnen überreicht. Die öffentliche Wahrnehmung der Aktion steigert den Druck auf die Kreditinstitute, aus der Finanzierung der atomaren Rüstung auszusteigen.

Am 12. November 2015 erschien die neueste Ausgabe der ICAN-Studie „Don't Bank on the Bomb“, herausgegeben von PAX. Die internationale Kampagne zeigt langsam Wirkung. Denn weltweit haben 53 Finanzunternehmen Investitionen in die Produktion von Atomwaffen verboten oder reduziert. Das sind 150 Prozent mehr Banken und Versiche-

rungen als im Vorjahr. Trotzdem listet der Bericht noch 382 Banken, Versicherungen und Rentenfonds auf, die seit Januar 2012 fast 500 Milliarden US-Dollar für die Produktion nuklearer Waffensysteme zur Verfügung gestellt haben.

Zehn deutsche Banken und Versicherungen investieren mehr als zehn Milliarden US-Dollar (fast neun Milliarden EUR) in Firmen, die die verheerendsten Massenvernichtungswaffen und deren Trägersysteme herstellen. Diese Unternehmen profitieren von Milliardenverträgen für die „nukleare Aufrüstung“, die die Atomwaffenstaaten vorantreiben. Mehr als 25 Millionen US-Dollar investieren deutsche Banken und Versicherungen beispielsweise in die Firma Boeing, die seit Jahrzehnten für die Entwicklung und Produktion von US-Langstreckenraketen verantwortlich ist. Boeing baut das Heckteil für die neue B 61-12-Atombombe, deren Stationierung in Deutschland voraussichtlich ab 2020 geplant ist.

Weitere Infos unter:
www.atombombengeschaeft.de



Silvia Bopp ist Mitarbeiterin der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.



Xanthe Hall ist Geschäftsstellenleiterin und Abrüstungsreferentin der IPPNW Deutschland.